

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/019(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 11.04.2006	Altes Rathaus, Beimzimmer	17:00Uhr	19:45Uhr

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Anträge
- 6.1 Prävention gegen Kindesmisshandlung - A0023/06 (einschl. S0032/06)
- 7 Informationen
- 7.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2005
Vorlage: I0073/06
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadträtin Dagmar Huhn

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Dr. Jürgen Hildebrand

Stadtrat Johannes Rink

Stadträtin Uta Siedentopf

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Bärbel Bühnemann

Geschäftsführung

Frau Editha Beier

Enschuldigt:

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Regina Frömert

Stadtrat Klaus Heinemann

Stadträtin Sabine Paqué

Beratende Mitglieder

Stadtrat Martin Altmann

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Christian Hausmann

Sachkundige Einwohnerin Carola Kaufmann

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Huhn begrüßte als Ausschussvorsitzende die anwesenden Damen und Herren, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des FuG-Ausschusses fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Beratung vom 14.03.06 wurde mit 3 / 0 / 1 Stimmen bestätigt.

4. Öffentliche Sprechstunde

Die Öffentliche Sprechstunde wurde nicht in Anspruch genommen.

5. Beschlussvorlagen

6. Anträge

6.1. Prävention gegen Kindesmisshandlung - A0023/06 (einschl. S0032/06)

Frau Huhn empfahl die gleichzeitige Behandlung von Antrag und Stellungnahme im Familien- und Gleichstellungsausschuss.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde das Jugendamt von Frau Dr. Gersbacher vertreten, sie bezog sich in ihrer thematischen Einführung sowohl auf den Antrag als auch auf die Stellungnahme Nr.S0032/06 des Jugendamtes, insbesondere auf die aktuellen Meldungen in der Presse bezüglich des Missbrauches bzw. Vernachlässigung von Mädchen und Jungen. Sie verwies auf den Teil der gesundheitlichen Untersuchungen von Kindern und Jugendlichen - und auch darauf, dass ein gewisser Teil verbindlich für die jungen Mütter bzw. Väter gemacht werden sollte, insbesondere für "kritische Familien", die die Bedürfnisse von Kleinkindern in der Regel nicht richtig wahrnehmen.

(Zum aktuellen Fall mit Todesfolge eines Kindes in Burg nahm sie Bezug und stellte die Rollen, Verantwortlichkeiten und Notwendigkeiten der einzelnen Akteure dar .) Hierzu wurden einzelne Fortbildungen eingeleitet, um die Verständigung zwischen dem Familiengericht und dem Jugendamt klar zu stellen, um so dem Kindeswohl verantwortungsvoll und angemessen entsprechen zu können. Gleiches wurde auch für die Sozialzentren veranlasst.

Sie legte dar, dass die Inobhutnahme neu geregelt ist, dass Kinder in begründeten Fällen - Verstöße gegen das Kindeswohl - direkt von den Eltern fortgenommen werden können.

Weiterhin verwies sie auf den § 8a "Schutz vor Kindeswohlgefährdung" und in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Eltern bzw. auf die Rolle der "Fachkräfte in Einrichtungen" - es gibt den Schutzauftrag, durch Schutzangebote zu helfen, erst einmal tätig zu werden, um Kindesgefährdung abzuwenden. Im Jugendamt wurde dazu eine Arbeitsgruppe "Umgang mit dem § 8a" gebildet und es wurden Fortbildungen arrangiert.

In der Diskussion wurde auch die Frage dazu gestellt, wie das bei Kindern in Pflegefamilien ist. Frau Dr. Gersbacher verwies darauf, dass es dazu nach der Fortbildung ein Zertifikat für Pflegefamilien geben wird.

Weiterhin wurden folgende Probleme angesprochen:

- Kinderheime als familienersetzende Hilfen,
- Fachkräfte an Schulen
- Ärztl. Schweigepflicht kann vernachlässigt werden, wenn es um das Kindeswohl geht (dazu neuer Ärzteleitfaden?)
- Öffentlichkeitsarbeit an Schulen
- Pflicht der Eltern, diese neuen gesetzlichen Regelungen wahrzunehmen (dazu gibt es auch inzwischen Projekte, wie Mütter/Väter begleitet und stabilisiert werden können - wenn sich Missbrauch abzeichnet)
- Private Hebammen bieten schon "begleitende Hilfen" an
- Aufmerksamkeit im Krankenhaus, wenn sichtbar wird, dass Mütter nicht mit dem kleinen Kind umgehen können - Hilfsangebote/Kontakt mit Institutionen wie Frauenhaus usw.
- Frage nach der Schuluntersuchungs-Pflicht wurde verneint.
- Projekt der Fachhochschule Magdeburg/Stendal vom Prof. Armbruster für "bildungsferne Eltern"
- Anfrage, ob Eltern, die nicht freiwillig notwendige helfende Angebote annehmen wollen, gezwungen werden können - wurde verneint und auf die Aufgabe zur Motivation verwiesen.

Eine offene dringende Frage bleibt - so wurde in der Diskussion herausgearbeitet, wie werden die Familien mit gefährdeten Kindern erreicht, die zu den normalen Informationsflüssen keinen Zugang haben bzw. sich ignorant verhalten. Was kann getan werden? Reichen da Gruppen der Gemeinwesenarbeit?

Es zeigte sich, dass trotz der demografischen Entwicklung der o.g. Bedarf nach familienunterstützenden Maßnahmen und Projekten, Angeboten steigt, 9 Millionen Euro werden " Hilfe zur Erziehung" in Magdeburg ausgegeben.

In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, zu prüfen, welchen Bedarf und welche Möglichkeiten es weiterhin zum Schutz des Kindes gibt.

Letztendlich wurden sowohl der Antrag als auch die Stellungnahme von den Damen und Herren des FuG-Ausschusses zur Kenntnis genommen.

7.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2005
Vorlage: I0073/06

Herr Pischner brachte an Hand seiner Berichterstattung einige Schwerpunkte davon ein. Nach umfänglicher Diskussion wurde dieser Bericht mit Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit des Behindertenbeauftragten zur Kenntnis genommen.

8. Verschiedenes

Hierzu war Frau Thäger - die Kinderbeauftragte und Koordinatorin des Bündnisses für Familien in der LHS Magdeburg erschienen. Sie informierte die Damen und Herren des Ausschusses über das Stattfinden des ersten Magdeburger Familienfestes am 14. Mai 2006 in der Zeit von 11.00 bis 17.00 Uhr im und rund um das Rathaus und verwies dazu auf die Information 0107/06.

Frau Thäger bat den Ausschuss um Unterstützung für die Beschaffung der vom Stadtrat beschlossenen Summe von 10.000 Euro. Frau D. Huhn, wollte sich diesbezüglich direkt mit dem Oberbürgermeister in Verbindung setzen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende/r

Editha Beier
Schriftführer/in